GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Feministische Perspektiven auf Nachhaltigkeitspolitik

Schultz, Irmgard; Hummel, Diana; Padmanabhan, Martina

2010

https://doi.org/10.25595/3186

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schultz, Irmgard; Hummel, Diana; Padmanabhan, Martina: *Feministische Perspektiven auf Nachhaltigkeitspolitik*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 19 (2010) Nr: 1, 9–21. DOI: https://doi.org/10.25595/3186.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Feministische Perspektiven auf Nachhaltigkeitspolitik

IRMGARD SCHULTZ. DIANA HUMMEL. MARTINA PADMANABHAN

In diesem Heft widmen wir uns schwerpunktmäßig dem Thema der Nachhaltigkeitspolitik. Dabei macht die Mischung aus wissenschaftlichen Beiträgen und einem Beitrag einer zivilgesellschaftlichen Aktivistin bereits deutlich, dass das Forschungsfeld der nachhaltigen Entwicklung wie kaum ein anderes durch eine enge Verknüpfung von Wissenschaft, Politik und zivilgesellschaftlichem Aktivismus bestimmt ist.

Zum Verständnis: Konzept und Definition von „Nachhaltigkeit"

Nachhaltigkeitspolitik bezieht sich auf das Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Für viele Menschen im Alltag erschließt sich deren Gehalt nicht unmittelbar. Im Alltagsverständnis, aber auch für Politikfelder wie beispielsweise die Gesundheitsprävention, ist unter „nachhaltige Maßnahme" jene zu verstehen, die Ergebnisse hervorbringt und dauerhaft ist. Diese Assoziation findet im Konzept der nachhaltigen Entwicklung Anklang insofern dieses Konzept langfristige Entwicklungen im Gegensatz zu Kurzzeitperspektiven in den Fokus nimmt und Maßnahmen oder Verhalten im Hinblick auf deren Auswirkungen, ihre „Impacts" untersucht. Dabei wird häufig von den drei Säulen der Nachhaltigkeit (Drei-Säulen-Modell) gesprochen, womit Wirkungen und Veränderungen in den Bereichen Umwelt, Soziales und Wirtschaft gemeint sind, die jedoch unmittelbar in Zusammenhang stehen. Das bestimmende Bild und der Begriff „Nachhaltigkeit" wurde in der Forstwirtschaft entwickelt und bedeutet, dass bei der Waldbewirtschaftung immer nur so viel Holz entnommen wird, wie wieder nachwächst.
Trotz der Weite des Assoziationshorizonts zu diesem Begriff und der Uneindeutigkeit des Konzepts hat sich nicht zuletzt durch die Berichterstattung der Medien über internationale und Weltkonferenzen, aber auch durch Werbeanzeigen großer Unternehmen, die ihre „Nachhaltigkeit" beteuern, eine feste Assoziation des Begriffs der nachhaltigen Entwicklung mit Umweltproblemen durchgesetzt. Nachhaltigkeit wird darüber hinaus in den letzten Jahren, seit der verstärkten Medienresonanz auf das Klimathema, auch mit der Klimaproblematik verbunden. Weniger präsent in der Öffentlichkeit in Deutschland, jedoch ebenso mit diesem Konzept verbunden, ist das Thema der sozialen Gerechtigkeit. Von Armut, aber auch von gesundheitlicher Unterversorgung und mangelnder Bildung sind global betrachtet insbesondere Frauen überproportional betroffen (Department of Economic and Social Affairs Division

for the Advancement of Women 2009). Und nicht zuletzt stellt Geschlechtergerechtigkeit ein Kernstück nachhaltiger Entwicklung dar.
Die immer wieder zitierte, schon 1987 ausgehandelte Definition des Brundtland-Reports: „Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs" (Hauff 1987, XV) verweist darauf, dass „nachhaltige Entwicklung" als Konzept eine Kompromissformel ist. Es versucht, Zielkonflikte zwischen Umweltschutz, sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Entwicklung, zwischen Interessen der Länder des globalen Südens und des Nordens in Einklang zu bringen. Dabei wohnt dem Kompromiss eine paradoxe Entwicklungsvorstellung inne, die zwar auf Wirtschaftswachstum setzt, dieses jedoch durch „Nachhaltigkeitsvorgaben" zu einem „nachhaltigen Wachstum" zähmen will. Diese strategische Voraussetzung wurde von Feministinnen schon bei Ausformulierung des Nachhaltigkeitskonzepts in den 1980er Jahren grundsätzlich kritisiert (Waring 1988 in Braidotti u.a. 1994, 139). Aktuell wird diese Strategie wieder von Umweltverbänden, WissenschaftlerInnen und nicht zuletzt durch eine prominente Kommission der französischen Regierung zur Entwicklung neuer Wohlstandsindikatoren in Frage gestellt wird. Ausgangspunkt dafür ist die Feststellung, dass nach zwei Jahrzehnten internationaler Anstrengungen für eine Entkoppelung des Wirtschaftswachstums von Umweltbelastungen und Ressourcenverbrauch diese dennoch gestiegen sind. Angesichts dessen, dass dieser Trend trotz sektoraler oder regionaler Erfolge insgesamt nicht gestoppt werden konnten und die weltweite Armut nicht abgenommen hat, geht es in der aktuellen Debatte – wieder – um eine Neudefinition des politischen Konzepts der nachhaltigen Entwicklung. Dabei wird eine nachhaltige Entwicklung ohne Wirtschaftswachstum sowie eine Abkehr von der Orientierung am Bruttosozialprodukt als Leitorientierung für gesellschaftlichen Wohlstand gefordert (EEB & SCORE 2009; Jackson 2009).

Feministische Nachhaltigkeitspolitik: „Sustainable Livelihoods" statt „Sustainable Development"

Das politische Feld einer Nachhaltigkeitspolitik wurde entscheidend 1992 durch die Konferenz der Vereinten Nationen (UN) zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro angestoßen. Die dort beschlossene „Rio-Deklaration" stellt zusammen mit der Agenda 21 der Rio-Erklärung immer noch einen politisch-strategischen Bezugspunkt für internationale Aushandlungen und eine Plattform für die Festlegung globalpolitischer Ziele auch für Feministinnen dar. Zur Vorbereitung der Rio-Konferenz wurde 1991 eine Konferenz „World Women's Congress for a Healthy Planet" in Miami durchgeführt, an der über 1.500 feministische Aktivistinnen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Initiativen, Frauendelegationen der indigenen Völker, Wissenschaftlerinnen, UN-Politikerinnen, Netzwerke teilnahmen. Sie einigten sich auf eine „Women's Agenda 21", die einen in dieser Breite noch nicht da gewesenen Konsens von Frauen aus aller Welt, der unterschiedlichsten Kulturen und Schichten, zu Perspektiven der globalen Entwicklung, Umwelt und Nachhaltigkeit darstellte.

Anstelle des Konzepts einer nachhaltigen Entwicklung forderten sie die Durchsetzung von „sustainable livelihoods“ (wörtlich übersetzt: „nachhaltige Sicherung der Existenzgrundlagen“). Dieses Konzept ist in dem in Miami verabschiedeten Frauen-Aktionsplan 21 untrennbar mit einer partizipativen Gestaltung der notwendigen gesellschaftlichen Umgestaltung verbunden (Wichterich 1992; Braidotti u.a. 1994). Ines Weller betont als Besonderheit, „dass dieses Konzept auf die Grundbedürfnisse für ein gutes Leben fokussiert und damit auf die Bedeutung des Reproduktionsbereichs verweist, gleichzeitig aber den dafür notwendigen Machtzuwachs einfordert. Dadurch wird eine einseitige Zuweisung und Verlagerung von Verantwortung für Umwelt und Vorsorge auf Frauen (und solche Männer, die für den privaten Haushalt zuständig sind) vermieden, die an den realen Gegebenheiten der derzeitigen Verteilung von Gestaltungsmacht und Einflussnahme vorbeigeht“ (Weller 2004, 79ff.).
Die Women’s Agenda 21 wurde auf dem „Erdgipfel“ in Rio eingebracht. Frauen organisierten dort im Rahmen einer großen Alternativ-Veranstaltung des Global Forum eine eigene Konferenz, den „Planeta Femea“. Die Übereinkommen betonen „the need for a democratization of the development process in a bottom-up approach, linking democracy with community control over resources, a rethinking of the relationship between humans and nature and of life-styles in general.“ (Braidotti u.a. 1994, 4). Die Frauenorganisationen konnten ihren Aktionsplan und das Konzept der sustainable livelihoods auf der offiziellen Konferenz nicht durchsetzen, erreichten jedoch durch enge Kooperation mit UN Delegierten, dass Teile davon in das Kapitel 24 der Rio-Deklaration Eingang fanden. In diesem Kapitel, die seither so genannte „Agenda 21“, wird den Alltagsakteurinnen, den lokalen Gemeinschaften und regionalen Initiativen eine zentrale Rolle in der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung zugesprochen. Insgesamt stellt das Kapitel 24 und die „Agenda 21“ eine Kompromisslösung dar, die viele Feministinnen als Erfolg ihrer Aktionen ansahen, da sie einen starken Fokus auf Geschlechtergerechtigkeit und das Postulat der angemessenen Beteiligung von Frauen bei der Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung enthalten. Frauen wurden hier als eine „major group“ anerkannt, deren Beitrag eine notwendige Vorraussetzung ist, um Nachhaltige Entwicklung zu realisieren (UN DESA 2010).

Neue, partizipative Formen der Politikgestaltung im Zentrum

Aus partizipations- und institutionspolitischer Perspektive ist wichtig, dass die Anerkennung als „major group“ der nachhaltigen Entwicklung zum einen auf einer grundsätzlichen Anerkennung neuer Formen der Partizipation aufbaut und zum anderen ein Mitwirkungsrecht an Entscheidungsprozessen von UN-Institutionen und internationalen Konferenzen beinhaltet: „One of the fundamental prerequisites for the achievement of sustainable development is broad public participation in decision-making. Furthermore, in the more specific context of environment and development, the need for new forms of participation has emerged.“ (Artikel 23.2, Rio Declaration, UNEP 1992). Sich auf diese Festlegung berufend, hat das United

Nations Environmental Programme (UNEP) Regeln für die Teilnahme von Lobbyorganisationen an Weltkonferenzen so definiert, das VertreterInnen der Zivilgesellschaft dem UNEP Governing Council und seinen Sondersitzungen beiwohnen können, wenn ihre Organisation akkreditiert ist. Für die Akkreditierung sind zwei Voraussetzungen definiert: zum einen dass es sich um eine Nichtregierungsorganisation handelt, die zum anderen ein ausgewiesenes Umweltinteresse auszeichnet. So kann beispielsweise das feministische Netzwerk, Women's Environment & Development Organization (WEDO), das als NGO 1991 in Miami gegründet wurde und seit Rio 1992 bei allen Weltkonferenzen akkreditiert war und diese mitgestaltet und kommentiert hat, als Lobbyorganisation Beobachterstatus bei der Konferenz haben. Sie kann aber auch, wenn dies für die entsprechende Konferenz vorgesehen ist, als Akteur an einem „Stakeholder-Dialog" teilnehmen. Seit ihren Anfängen in Rio ist Nachhaltigkeitspolitik also ihrem innersten Selbstverständnis nach auf „good governance", das heißt vor allem auf eine partizipatorische Politik, ausgerichtet. Dies macht verständlich, warum sich die politische Auseinandersetzung der feministischen Netzwerke im Rio-Nachfolgeprozess so stark auf die Erweiterung und Durchsetzung eines tatsächlichen „participatory decision-making" für Frauen konzentrierte. Neben der Durchsetzung konkreter Ziele und Aktionspläne geht es im feministischen Verständnis des Nachhaltigkeitsprozesses auch immer um die Entwicklung neuer, partizipativer Formen der Politikgestaltung.

Nach-Rio-Prozess: Enttäuschung über die Rio+10-Konferenz und die zentrale Rolle feministischer Netzwerke

Mit der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (United Nations Conference on Environment and Development, UNCED) in Rio 1992 ist für die Erreichung der „Nachhaltigkeitsziele" eine weltweite Politikmaschinerie in Gang gesetzt worden. Über Weltkonferenzen strukturiert sie den Nachhaltigkeitsprozess jeweils für 10 Jahre durch Rahmenvorgaben und lenkt diesen auf globaler Ebene durch die 1992 eingerichtete Kommission für Nachhaltige Entwicklung (Commission on Sustainable Development, CSD). 2002 fand die Rio+10-Konferenz, der World Summit on Sustainable Development (WSDD) in Johannesburg statt. Anstelle konkreter Nachhaltigkeitsziele wurde hier lediglich eine Implementierungsstrategie beschlossen. WEDO merkte dazu kritisch an:

> While the Plan of Implementation reaffirms some of the strongest ideas from Rio, including the precautionary principle, the principle of common but different responsibilities, and the polluter-pays principle, the document is not an action plan. It does not specify clear responsibility or comprehensive targets and in many instances calls only for voluntary action (WEDO 2002).

UN-Politik jedoch funktioniert durch die verbindliche Festlegung von Zielen und Verantwortlichkeiten sowie durch Aktionspläne, deren Umsetzung durch Institutionen, Maßnahmen und letztlich auch Ressourcen gewährleistet wird. Die Mitsprache

der „major groups“ an diesen Entscheidungen ist kein politischer Nebenschauplatz. Deshalb kritisierte WEDO am Johannesburg-Gipfel, dass Frauen als „major group“ gerade bei den wichtigen Themen wie Energie und Handel nicht einbezogen wurden. Es fanden dazu – im Gegensatz zu anderen Themen – keine Stakeholder-Dialoge statt.
Vor diesem Hintergrund wird die aktive und wichtige Funktion der feministischen Netzwerke wie WEDO, Women for Climate Justice (Gender CC), Global Gender and Climate Alliance (GGCA), Diverse Women for Diversity, Indigenous Women's Biodiversity Council etc. im Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich verständlich. Seit 1991

> (…) WEDO has built on that experience by mobilizing women's participation to advance women's perspectives at the UN and other forums. Throughout the 1990s WEDO played a key leadership role to ensure that gender was included in the outcomes of major UN conferences. Today, WEDO recognizes that policy commitments alone are not enough to improve women's daily lives. That is why WEDO is collaborating more deeply with Southern partners on implementing global policy gains at the national level and holding governments accountable to their commitments on women's right (WEDO 2010).

Die feministischen Netzwerke sind als „Lobbyorganisationen“ nur unzutreffend gekennzeichnet. Sie vertreten keine Partikularinteressen wie Firmenlobbyisten, sondern sind als Politikakteure zu begreifen, deren Funktion sowohl in der Formulierung und Legitimierung von Leitorientierungen besteht (gender justice – environmental justice – climate justice), als auch in der Aushandlung politischer Ziele (targets), Umsetzungsstrategien (action plans) und in der Ausstattung politischer Strategien mit Institutionen, Ressourcen und Maßnahmen. Für die feministischen Initiativen, aber auch für Wissenschaftlerinnen in der Nachhaltigkeitsforschung, haben sie darüber hinaus eine unverzichtbare Funktion durch ihren Beobachterstatus, der ihnen regelmäßige Informationen und Kommentierung der Nachhaltigkeitspolitik ermöglicht. Für Deutschland erfüllt GENANET, die Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit, eine wichtige Funktion der Vernetzung und des Wissenstransfers (www.genanet.de). Sie informiert regelmäßig in ihren „genaNews“ über Netzwerkinitiativen, Kongresse, Aktionen und Kampagnen und stellt Hintergrundwissen über Gender und Nachhaltigkeitsthemen zur Verfügung.

Geschlechtergerechtigkeit und Klima

Dass Klimagerechtigkeit nicht ohne Geschlechtergerechtigkeit realisierbar ist, wird dank zunehmendem feministischen Engagements in der Klimapolitik immer deutlicher (Terry 2009; Schalatek in diesem Heft). Um dem Klimawandel durch Anpassung und Schadensminderung zu begegnen, schlagen Frauen umfangreichere Ansätze als Männer vor und doch haben sie weniger Macht und Einfluss entsprechend Politiken zu beeinflussen. Frauen haben größere Zweifel als Männer an technischen Lösungen um die Erderwärmung zu bekämpfen und unterstützen eher Initiativen, die persönliche Verhaltensänderungen zur Konsequenz haben – d.h. wiederum, dass

sie an die Beeinflussbarkeit durch Aktivitäten glauben (GenaNet 2007). Die derzeitige Lücke in der Berücksichtigung von Fraueninteressen in der Klimadebatte verweist auf eine eklatante Misallokation von Geldern in der Klimaforschung. Dabei scheinen sich alle einig mit der Rio Erklärung zu sein, dass nachhaltige Entwicklung ohne Frauen nicht möglich sei. Doch wie auch in der Biodiversitätspolitik, scheint jeder Politiksektor einzeln für eine geschlechterdifferenzierte Sicht geöffnet werden zu müssen und Gewinne in dem einen Ressort sind nicht selbstverständlich für sich neu konstituierende Politikfelder.

Über die im Kern politischen Aspekte des Themas Gender und Klima hinausgehend, die *Liane Schalatek* in ihrem Beitrag in diesem Heft behandelt, halten wir die beobachtbare Renaissance und (Neu-)Popularisierung des Themas „nachhaltiger Konsum" bzw. der „nachhaltigen Lebensstile" für bemerkenswert. Denn das Thema der „nachhaltigen Produktions- und Konsummuster" war ein Herzstück der Rio-Erklärung 1992. Mit der Feststellung, dass rund 20 % der Weltbevölkerung etwa 80 % der globalen Ressourcen verbrauchen, kam die Verantwortung der (über-)industrialisierten Länder und deren nicht-nachhaltiger Lebensstile in den Blick. Damit wurde erst das Verursacherprinzip nicht mehr einseitig auf das Bevölkerungswachstum gerichtet, das in den Ländern des Südens stattfindet, sondern auch auf eine „Konsumexplosion", die in die Produktions- und Konsumweisen der industrialisierten Länder eingelassen ist (Hummel 2000, 72ff.). In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und am Anfang dieses Jahrzehnts sollten eine ganze Reihe an Aktivitäten und Kampagnen in der Bevölkerung – das heißt in den Privathaushalten – ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass das eigene Konsumverhalten umweltrelevant ist (Umweltbundesamt 2002). Hierauf aufbauend entwickelte sich eine Gender & Environment-Forschung, die einerseits die Grundfigur einer geteilten Verantwortung zwischen Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik aufnahm, andererseits aber dabei eine geschlechterdifferenzierende Perspektive einbrachte. Zunächst wiesen die ersten empirisch argumentierenden Studien eine generelle Umweltverantwortung „der Haushalte" als „Feminisierung der Umweltverantwortung" zurück, da „der Haushalt" als stereotype Deckfigur für „die Hausfrauen und Konsumentinnen" angesehen wurde (Schultz 1993). Mit der Renaissance des Themas des nachhaltigen Konsums im Klimadiskurs wird jetzt sehr viel konkreter analysiert: wie viel Energie verbrauchen Frauen – wie viel Energie verbrauchen Männer und es wird nach Konsumbereichen, Konsumentscheidungen und NutznießerInnen dieser Konsumentscheidungen differenziert (Johnsson-Latham 2007).

Das Verschwinden der Geschlechtergleichheit aus der EU-Nachhaltigkeitpolitik durch sektor-spezifische Operationalisierung

Die übergreifende Rahmen-Politikstrategie, die „Renewed EU Sustainable Development Strategy" (Council of the European Union 2006) soll die Politiken der Europäischen Union strukturieren. Neben anderen beinhaltet diese explizit „gender equality" als eine der definierten Leitorientierungen: In dem ersten Kapitel, das sich

zu Nachhaltiger Entwicklung bekennt, wird sie folgendermaßen definiert und eingebettet:

> Sustainable development means that the needs of the present generation should be met without compromising the ability of future generations to meet their own needs. It is an overarching objective of the European Union set out in the Treaty, governing all the Union's policies and activities. It is about safeguarding the earth's capacity to support life in all its diversity and is based on the principles of democracy, gender equality, solidarity, the rule of law and respect for fundamental rights, including freedom and equal opportunities for all (Council of the European Union 2006).

Beim „Herunterbrechen" dieser Rahmenstrategie auf sektorspezifische Aktionspläne, wie beispielsweise den „Sustainable Consumption and Production and Industrial Policy Action Plan" kommt jedoch ein Verweis oder gar eine Operationalisierung von Geschlechtergleichheit nicht mehr vor (Schultz/Stieß 2009).
In den europäischen Mitgliedsstaaten gibt es ebenfalls Nachhaltigkeitsstrategien, die wie in Deutschland durch einen „Rat für nachhaltige Entwicklung" ausformuliert werden. Nationale Nachhaltigkeitsstrategien sollen ökonomische, soziale und umweltpolitische Politiken und Pläne miteinander vereinbaren, d.h Nachhaltigkeitsräte sind Gremien der Integration. Eine wichtige Aufgabe besteht darin zu zeigen, dass diese Integrationsleistung möglich ist und worin sie bestehen kann (Töpfer 2008, 23). Die Nachhaltigkeitsräte oder ähnliche Institutionen sind in den verschiedenen europäischen Mitgliedstaaten jedoch sehr unterschiedlich hoch im jeweiligen politischen Machtgefüge eingelassen, z.B. auf Ministerebene. In Deutschland ist der Rat von der Bundesregierung eingesetzt und berät diese zu Zielen und Indikatoren bei der Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie, deren Umsetzung und der Förderung des gesellschaftlichen Dialogs zur Nachhaltigkeit.
Am 24. Oktober 2009 sprachen sich die europäischen Nachhaltigkeitsräte auf ihrer jährlichen Vollversammlung dafür aus, im Jahr 2012 eine Weltkonferenz Rio+20 abzuhalten, da weder die globale Umweltzerstörung, noch die weltweite Armut (EEAC 2009) auf dem Rückzug sind. Mit der Formel „Armut und Umwelt" bzw. „Armut und Klima" hat die Nachhaltigkeitspolitik ihre aktuelle thematische Kurzbeschreibung gefunden. Die neue Qualität des partizipatorischen Politikgestaltens und des gleichberechtigten „participatory decision-making" von Frauen und Männern, von Politikern und Laien, von privilegierten Gruppen und Unterprivilegierten, für die Rio 1992 bis heute steht, bleibt dabei jedoch unterbelichtet.

Überblick über die Beiträge und ihre (Forschungs-)Kontexte

Feministische Positionen werden heute in die globale Nachhaltigkeitspolitik vor allem durch die internationalen feministischen Netzwerke und Initiativen eingebracht. Der Beitrag von Liane Schalatek gibt eine anschauliche Vorstellung von dieser Form des Politikmachens. Im neuen Politikfeld Klima ist ein detailliertes und hartnäckiges Begleiten der internationalen Verhandlungen durch feministische Netzwerke notwendig, um überhaupt eine Genderdimension in die sehr technokra-

tischen Lösungsansätze einzuführen. Dies hat unmittelbar Auswirkungen auf die Forschungstätigkeiten und Analysen, die deshalb nicht auf genderdifferenzierten Datensätzen beruhen. Deshalb ist es so wichtig, bei der Entwicklung neuer Politikinstrumente dezidiert Ressourcen für die Bearbeitung der Potentiale und Chancen von Frauen in der Verursachung und Anpassung an den Klimawandel bereitzustellen.

Nach einer lebhaften Debatte in der Frauenbewegung und Genderforschung der 1980er und 1990er Jahre über grundsätzliche epistemologische und konzeptionelle Begründungen des Verhältnisses von Frauen und Natur, Gender and Environment, Geschlecht und Nachhaltige Entwicklung sind politisch-strategische Beiträge, die diese alten feministischen Debatten aufnehmen und fortführen, heute eher selten. Wie der Band von Rosi Braidotti u.a.von 1994 im Einzelnen darstellt und diskutiert, waren die feministischen Debatten am Beginn der 1990 Jahre, die in die Formulierung der Women's Agenda 21 eingingen, sehr heterogen. Zudem waren sie eng verflochten mit den grundsätzlichen philosophischen und epistemologischen Auseinandersetzungen dieser Zeit um ein neues Verhältnis von Menschen und Natur (Braidotti u.a. 1994). In Deutschland wurde diese konzeptionelle Auseinandersetzung insbesondere um den (sozialen) Ökofeminismus geführt, der mit den Namen von Maria Mies, Vandana Shiva, und dem Subsistenzansatz von Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof verbunden ist. In England wurde der Ökofeminismus nicht nur als theoretische und Forschungsperspektive ausbuchstabiert (Mellor 2000), sondern vor allem auch als dezentralisiertes Aktivistinnennetzwerk (das auch einige Aktivisten beinhaltet). Bis heute sehr aktiv ist das Women's Environmental Network (WEN) in Großbritannien, das sich insbesondere auf das Thema des nachhaltigen Konsums fokussiert, sowohl Berechnungen zu den sozialen und ökologischen Kosten von Produkten veröffentlicht als auch Kampagnen für einen nachhaltigen Konsum oder zum Thema Abfall durchführt. Daher sind wir über den englischen Beitrag der Politikwissenschaftlerin Sherilyn MacGregor froh. Er setzt sich einerseits kritisch mit einigen Grundannahmen des Ökofeminismus auseinander und begründet andererseits mit Rekurs auf die politikwissenschaftliche Citizenship-Debatte ein Konzept des feminist ecological citizenship als einen reformulierten und erweiterten ökofeministischen Ansatz. Wir hoffen, mit der Veröffentlichung dieses Beitrags einen Anstoß zur Wiederaufnahme – nicht des Streits um epistemologisch-konzeptionelle Begründungen sondern – der politisch-strategischen Diskussion über eine feministische Nachhaltigkeitspolitik geben zu können.

Seit der Konferenz in Rio 1992 hat sich – aufbauend auf den Ansätzen einer stark technikorientierten und auf die „Ergrünung" von Produktionsprozessen ausgerichtete Umweltforschung – eine eigenständige Nachhaltigkeitsforschung herausgebildet. In diesem Forschungsfeld, das wie wenige andere durch seine starke Politiknähe bestimmt ist, sind vor allem globale und regionale Forschungsansätze zu unterscheiden. Die Kategorisierung der Nachhaltigkeitsforschung kann nach sehr unterschiedlichen Kriterien vorgenommen werden, die beispielsweise auf die beteiligten Disziplinen (naturwissenschaftliche, sozialwissenschaftliche, wirtschaftswissenschaftliche

Nachhaltigkeitsforschung) fokussieren, oder nach verschiedenen Konzepten (wie beispielsweise einer „starken" und einer „schwachen Nachhaltigkeit") (Weller 2004). Nach Verbreitung des Konzept in den Umweltwissenschaften gab es in den neunziger Jahren eine große Anzahl an Beiträgen, die auf einer Meta-Konzeptebene Soll-Setzungen für politische Nachhaltigkeitsstrategien begründeten, und auch Beiträge, die Nachhaltigkeitskonzepte für die politische Umsetzung begründeten. Insgesamt ist festzustellen, dass diese Forschung stark segmentiert und themenzentriert betrieben wird, das heißt aufgefächert nach den gesellschaftlichen Handlungsfeldern Energie, Mobilität, Wasser, Biodiversität, Bauen und Wohnen, Konsum und Lebensstile etc., wobei der Themenzuschnitt sich häufig nach den politischen und den Förderprogrammen richtet. Nach Johannesburg 2002 und mit der Konzentration der öffentlichen Debatte auf das Problem der Klimaveränderung sind jedoch verstärkt systemische Konzepte der Klimaforschung aufgenommen worden. Dennoch kann das Urteil von Klaus Töpfer über die Nachhaltigkeitspolitik, dass „sektorale Isolation und Blindheit" (Töpfer 2008, 27) diese blockiere, auch gegenüber den Anforderungen einer integrierten Nachhaltigkeitsforschung festgestellt werden. Konzeptvorschläge, die durch einen technisch-ökonomischen Zirkelschluss und Machbarkeitsvorstellungen geprägt sind, herrschen immer noch vor. Das Ausbuchstabieren der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit (neben der ökologischen und der ökonomischen) wird auch nach zwanzig Jahren Nachhaltigkeitsforschung noch angemahnt. Die konzeptionelle Integration der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit, das heißt der Armutsproblematik und der Frage der sozialen Teilhabe, die systematische Berücksichtigung gesellschaftlicher Pluralität und demografischer Entwicklungen ist jedoch eine Voraussetzung für die konzeptionelle Berücksichtigung auch von Fragen der Geschlechtergerechtigkeit bei diesem zumeist naturwissenschaftlich oder technisch dominierten Umweltfeldern. Dass diese Anforderung nicht trivial ist, zeigt der Beitrag von Franziska Müller zur Konvention über den Schutz biologischer Vielfalt (CBD). Erst als konzeptionell Natur und Kultur nicht mehr strikt gegenübergestellt wurden, sondern Natur als gesellschaftlich geprägte verstanden und mit der Anwendung eines ökosystemaren Ansatzes die Bedrohung biologischer Vielfalt auch als sozialer, kultureller und politischer Konflikt betrachtet wurde, konnte auf politischer Ebene die Einbeziehung der Genderperspektive gefordert werden.

Mit Blick auf die Länder des ökonomischen Südens belegt eine Vielzahl an empirischen Studien die Managementleistungen und spezifischen Wissensvorräte von Frauen in der Erhaltung und Nutzung von Biodiversität und drängt auf die Operationalisierung dieser Erkenntnisse in der politischen Arena (Padmanabhan 2008a). Dennoch beschränkt sich die Berücksichtigung der oft indigenen Frauen auf Abbildungen in Hochglanzbroschüren. Während die Fähigkeiten von Bauern und Bäuerinnen beim Erhalt der Agrarbiodiversität gewürdigt werden (Padmanabhan 2008b) und die Selbstorganisation von Nomadengruppen angesichts prekärer Umweltbedingungen Anerkennung findet (Mwangi/Ostrom 2009) ist der Schritt zu einer geschlechtersensiblen Ausgestaltung des Zugangs und der Verfügungsgewalt über

natürliche Ressourcen paradoxerweise gerade durch totalitäre Schutzkonzepte gefährdet (Randeria 2009). Der Wandel in der Wahrnehmung von einseitig die Umwelt z.B. durch Brennholzentnahme übernutzenden SchutzgebietsbewohnerInnen zu AkteurInnen mit großer Kenntnis von ökologischen Zusammenhängen mit einem begründeten Schutzinteresse an ihrer unmittelbaren Lebenswelt, hat neue Ansätze wie Co-Management durch Zivilbevölkerung und Staat befördert. Dabei ist die Berücksichtigung der unterschiedlichen Nutzungsansprüche von Frauen und Männern ein weiterhin zu untersuchender Aspekt, um durch Dezentralisierung nicht nur einer anderen Form der Entrechtung das Wort zu reden.

Neben einzelnen Forschungsprojekten und einzelnen konzeptionellen Ansätzen der Gender- & Nachhaltigkeitsforschung auf Universitätsebene hat auf Forschungsprogrammebene allein das Programm der sozial-ökologischen Forschung versucht, die Genderdimension systematisch in ihren Integrationsansatz der sozialen und zugleich ökologischen Forschung zu integrieren (www.sozial-oekologische-forschung.org). Das Programm des Bundesforschungsministeriums läuft jedoch aus. Innerhalb des Programms gab es eine „Querschnittsgruppe Gender", die ihre Erfahrungen mit der Integration der Gender-Perspektive aus zwölf Verbundprojekten des SÖF -Programms reflektieren. Dabei sind neben vielen anderen Erkenntnissen vor allem die beschriebenen Probleme der systematischen Wissensintegration von Genderaspekten, aber auch neue Methoden der Genderanalyse und der Gender-Integration hervorzuheben (Schäfer u.a. 2006; Schultz 2008).

In der inter- und transdisziplinären Forschung wie der Sozialen Ökologie werden Nachhaltigkeitsprobleme theoriegeleitet und zugleich anwendungsorientiert mit einem transdisziplinären Zugang analysiert, der auf die Bewältigung gesellschaftlicher Probleme abzielt (Becker/Jahn 2006). Demnach lassen sich Nachhaltigkeitsprobleme nicht auf Subpolitiken des Naturumgangs, der sozialen Beziehungen oder der Wirtschaftsstrukturen eingrenzen, sondern erhalten ihre Dynamik vielmehr aus krisenhaft gewordenen Verhältnissen, in denen die Handlungsfolgen von Menschen mit ökologischen Abläufen und Reproduktionsprozessen verwoben sind. Wenn derlei Krisen durch politisches Handeln eingedämmt werden sollen, ist ein umfassendes sozial-ökologisches Politikverständnis nötig, das die Erfordernisse der natürlichen Lebensgrundlagen mitberücksichtigt. Ein Indikator für krisenhafte Entwicklungen gesellschaftlicher Naturverhältnisse ist die zunehmend prekäre Versorgung vieler Menschen. Der analytische Rahmen der Versorgungssysteme bildet eine Möglichkeit, Geschlechterverhältnisse, Produktionsverhältnisse und Reproduktion einer integrierten Betrachtung zu unterziehen (Hummel 2008).

Als ausgearbeitete feministische Konzeption, die in dieser Form vor allem in der deutschen Genderforschung entwickelt wurde und angewendet wird, ist der Ansatz des Vorsorgenden Wirtschaftens hervorzuheben (Biesecker u.a. 2000; Biesecker/Hofmeister 2001). Das Konzept, das vorwiegend von Ökonominnen in einem Arbeitskreis entwickelt wurde, nimmt die Reproduktion als Ausgangspunkt für die Konzeptualisierung von Nachhaltigkeit: Nicht der abstrakte Wert, sondern die Er-

füllung gesellschaftlicher Bedürfnisse soll Ziel des marktwirtschaftlichen Handelns sein. Das Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens formuliert drei Handlungsprinzipien, die seinen Kern bilden und zusammen eine umwelt- und sozialverträgliche Wirtschaftsweise ermöglichen und unterstützen sollen: Vorsorge, Kooperation und Orientierung am Lebensnotwendigen. Als langfristige Perspektive des Nachhaltigen Wirtschaftens wird angestrebt, diese aus dem Reproduktionsbereich stammenden Prinzipien in die Marktökonomie einzubringen (nach Weller 2004). Dass dabei insbesondere die Überwindung des Dualismus von Produktion und Reproduktion fokussiert wird, verdeutlicht der Beitrag von Tanja Mölders „Von der Frauenfrage zum Vorsorgenden Wirtschaften", der explizit diesen Ansatz an einem Forschungsbeispiel darstellt. Bezogen auf das Politikfeld der Agrarpolitik kann mit der Perspektive der „(Re)Produktivität" ein Nachhaltigkeitsverständnis entwickelt werden, das die Gestaltung von Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsverhältnissen integrativ verknüpft. Kompetenzen zur zukunftsfähigen (Um-)Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse und politische Teilhabe stellen allerdings sich nicht von allein ein, sondern erfordern unter anderem auch eine entsprechende Nachhaltigkeitsausrichtung des Bildungssystems. Im Jahr 2002 haben die Vereinten Nationen für die Jahre 2005 bis 2014 die Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung" mit dem Ziel ausgerufen, die Prinzipien nachhaltiger Entwicklung in den nationalen Bildungssystemen zu verankern. Zum einen soll dabei Wissen über globale Zusammenhänge und Probleme wie Klimawandel und globale Gerechtigkeit vermittelt werden, sowie über die komplexen ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungszusammenhänge. Zum anderen geht es um das Erlernen von Gestaltungskompetenz im Sinne vorausschauenden Denkens, interdisziplinären Wissens und der Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Dabei geht Bildung für Nachhaltigkeit über eine Teilhabe an gesellschaftlichem Wissen als Voraussetzung für erfolgreiche Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt hinaus. Während die Segregation auf dem Arbeitsmarkt eine Quelle für geschlechtliche Ungleichheit ist, die bereits durch Bildungskarrieren eingeleitet werden, sucht Bildung für Nachhaltigkeit nach neuen Wegen, Verfahren und Inhalten, die den komplexen Problemkonstellationen aus nicht-nachhaltigen Sackgassen entspricht. Dass ein geschlechtersensibles Weiterdenken von Bildung für nachhaltige Entwicklung sich sowohl auf die kritische Reflexion der Lerninhalte als auch auf deren Vermittlungsformen beziehen muss, zeigt der Beitrag von Thomas Krikser und Inga Nüthen auf. Der Einbezug von Geschlechtergerechtigkeit als einem Kernthema der Nachhaltigkeit bedarf ebenso wie Gender Mainstreaming im Politikfeld Bildung der konkreten institutionellen Verankerung.

Wie die Auswahl der hier versammelten Beiträge deutlich macht, bildet Nachhaltigkeitspolitik aus feministischer Sicht ein weites Feld. Mit Bezug auf unterschiedliche Themenbereiche beleuchten die Artikel je spezifische, besonders politikwissenschaftlich relevante Facetten dieses Diskurses. Sie geben einen Einblick in das breite Instrumentarium feministischer Analysen und zeigen Ansatzpunkte einer feministischen (Mit-)Gestaltung der Nachhaltigkeitspolitik auf.

Literatur

Becker, Egon/**Jahn**, Thomas (Hg.), 2006: Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt/M.

Biesecker, Adelheid/**Hofmeister**, Sabine, 2001: „Vom nachhaltigen Naturkapital zur Einheit von Produktivität und Reproduktivität. Reproduktion als grundlegende Kategorie des Wirtschaftens". In: Held, Martin/Nutzinger, Hans (Hg.): Nachhaltiges Naturkapital. Ökonomik und zukunftsfähige Entwicklung. Frankfurt/M., New York, 154-178.

Biesecker, Adelheid/**Matthes**, Maite/**Schön**, Susanne/**Scurrell**, Babette (Hg.), 2000: Vorsorgendes Wirtschaften: Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens. Bielefeld.

Braidotti, Rosi/**Charkiewicz**, Ewa/**Häusler**, Sabine/**Wieringa**, Saskia (Hg.) 1994: Women, the Environment and Sustainable Development. Towards a Theoretical Synthesis. London, New Jersey.

Council of the European Union, 2006: Renewed EU Sustainable Development Strategy. Brussels: European Council, DOC 10917/06, 26 June 2006.

Department of Economic and Social Affairs Division for the Advancement of Women, 2009: 2009 World Survey on the Role of Women in Development. Women's Control over Economic Resources and Access to Financial Resources, including Microfinance. New York.

EEAC (European Environment and Sustainable Development Advisory Councils) 2009: Recommendations taken by the EEAC 2009 Annual Plenary Session,Dubrovnik, 24th October 2009. Internet: http://www.nachhaltigkeitsrat.de/news-nachhaltigkeit/2009/2009-10-29/europaeische-nachhaltigkeitsraete-fuer-rio-20-gipfel/ (10.03.2010)

EEB (European Environmental Bureau)/SCORE (Sustainable Consumption Research Exchange), 2009: Blueprint for European Sustianable Consumption and Production: Finding the path of transition to a sustainable society. Brüssel.

GenaNet, 2007: A Healthy Climate? Gender Justice and Climate Protection Internet: http://wecf.de/cms/download/2004-2005/Healthy_climate_english.pdf (20.01.2010).

Hauff, Volker (Hg.), 1987: Our Common Future. Oxford.

Hummel, Diana, 2000: Der Bevölkerungsdiskurs. Demographisches Wissen und politische Macht. Opladen.

Hummel, Diana (Hg.), 2008: Population Dynamics and Supply Systems. A Transdisciplinary Approach. Frankfurt/ M., New York.

Jackson, Tim, 2009: Prosperity without growth? The Transition to a Sustainable Economy. Sustainable Development Commission. UK. Internet: http://www.sdcommission.org.uk/publications/downloads/prosperity_without_growth_report.pdf (10.2.2010).

Johnsson-Latham, Gerd, 2007: A Study on Gender Equality as a Prerequisite for Sustainable Development: What We Know about the Extent to which Women Live in a More Sustainable Way than Men, Leave Smaller Ecological Footprint and Cause Less Climate Change. Report to the Environmental Advisory Council Sweden.

Mellor, Mary, 2000: "Feminism and Environmental Ethics: A Materialist Perspective". Ethics and the Environment, 5. Jg.H. 1, 107-123.

Mwangi, Esther/**Ostrom**, Elinor, 2009: „A Century of Institutions and Ecology in East Africa's Rangelands: Linking Institutional Robustness with the Ecological Resilience of Kenya's Maasailand". In: Beckmann, Volker/Padmanabhan, Martina (Hg.): Institutions and Sustainability. Political Economy of Agriculture and the Environment. Dordrecht, 195-222.

Padmanabhan, Martina, 2008a: Gender and Institutional Analysis. Natural Resource Management in Asia and Africa. Habilitationsschrift. Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät. Humboldt-Universität zu Berlin, (unveröffentlichtes Manuskript) .

Padmanabhan, Martina, 2008b: Collective action in plant genetic resources management: Gendered Rules of Reputation, Trust and Reciprocity in Kerala, India. Journal of International Development. 20. Jg., 83-97.

Randeria, Shalini, 2009: Ökologische Governance. Zwangsumsiedlungen und Rechtspluralismus im (post-) kolonialen Indien. Femina Politica. 18. Jg. H. 2, 41-51.

Schäfer, Martina u.a. (Hg.), 2006: Gender-Perspektiven in der Sozial-Ökologischen Forschung. Herausforderungen und Erfahrungen aus inter- und transdisziplinären Projekten, München.

Schultz, Irmgard (Hg.), 1993: GlobalHaushalt. Globalisierung von Stoffströmen – Feminisierung von Verantwortung. Forschungstexte des Instituts für sozial-ökologische Forschung, Nr. 3. Institut für sozial-ökologische Forschung ISOE. Frankfurt/M.

Schultz, Irmgard, 1997: „Globalökologische Krise und die Erosion der staatlichen Versorgungsordnung: zur Neustrukturierung der Verbindung von Zeit, Geld und Geschlecht". In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. Opladen/Wiesbaden, 311-333.

Schultz, Irmgard, 2008: „Die Gender-Dimension in Qualitätskriterien und Evaluation – das Beispiel Europaforschung und transdisiziplinäre Nachhaltigkeitsforschung". In: Bergmann, Matthias/Schramm Engelbert (Hg.): Transdisziplinäre Forschung. Integrative Forschungsprozesse verstehen und bewerten. Frankfurt/M., New York.

Schultz, Irmgard/**Stieß**, Immanuel, 2009: EUPOPP Deliverable 1.1: Gender Aspects of Sustainable Consumption Strategies and Instruments. Frankfurt/M.

Terry, Geraldine, 2009. "No Climate Justice without Gender Justice: an Overview of the Issues". Gender & Development. 17. Jg. H. 1, 5-18.

Töpfer, Klaus, 2008: „Meeting the Global Challenge: The Contribution of National SD Strategies". In: GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit)/RNE (Rat für Nachhaltige Entwicklung): Sustainability – the Unfinished Business Challenges in International Cooperation. Berlin. 23-29.

UN DESA (United Nations Department of Economic and Social Affairs). Division for Sustainable Development. http://www.un.org/esa/dsd/agenda21/res_agenda21_24.shtml (05.03.2010).

UNEP (United Nations Environmental Programme) Preamble to Section III. Rio Declaration on Environment and Development. http://www.unep.org/Documents.Multilingual/Default.asp?DocumentID=52&ArticleID=71&l=en (05.03.2010).

Umweltbundesamt (Hg.), 2002: Nachhaltige Konsummuster. Ein neues umweltpolitisches Handlungsfeld als Herausforderung für die Umweltkommunikation. Mit einer Zielgruppenanalyse des Frankfurter Instituts für sozial-ökologische Forschung, Nr. 6. Berlin.

WEDO (Women's Environment & Development Organisation), 2002: Gender Analysis of the WSSD Plan of Implementation, World Summit on Sustainable Development, New York. Internet: www.wedo.org/sus_dev/analysis2.htm(15.02.2003).

WEDO (Women's Environment & Development Organisation), 2010: Our story. Internet: www.wedo.org/about/our-story (30.03.2003).

Weller, Ines, 2004: Nachhaltigkeit und Gender. Neue Perspektiven für die Gestaltung und Nutzung von Produkten, München.

Wichterich, Christa, 1992: Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio. Köln.